

Interview mit Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement

Engagement für Integration stärken



Als im Jahr 2015 die Zahl der nach Deutschland geflüchteten Menschen ihren Höhepunkt erreicht hatte, war auch die Zahl der spontan engagierten Helferinnen und Helfer enorm. Die Zivilgesellschaft, Hilfsdienste und Wohlfahrtsverbände, aber auch Migrantenorganisationen haben hier Großes geleistet. Nun kommt es darauf an, nachhaltige Infrastrukturen zu schaffen, die dieses Engagement begleiten, unterstützen, fortbilden und vernetzen. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) sieht darin eine seiner wichtigsten Aufgaben.

PD Dr. Ansgar Klein, Diplom in Soziologie (Universität Frankfurt), Promotion in Politikwissenschaft (FU Berlin), Habilitation in Politikwissenschaften an der Universität Bremen; Privatdozent für Politikwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit August 2002 (Gründungs-) Geschäftsführer des „Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement“ (<http://www.b-b-e.de>). Mitherausgeber des Forschungsjournal Soziale Bewegungen (<http://forschungsjournal.de/>), Geschäftsführender Herausgeber der Buchreihen „Bürgergesellschaft und Demokratie“ sowie der Schriftenreihe des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement „Engagement und Partizipation in Theorie und Praxis“

ansgar.klein@snaflu.de

Weiterbildung: Vielleicht zunächst eine eher persönliche Frage: Wie sind Sie zum Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) gestoßen und aus welchen Motiven haben Sie die Geschäftsführung übernommen?

Ansgar Klein: Ich habe mich seit 1988 als einer der Herausgeber des „Forschungsjournals Soziale Bewegungen“ mit Fragen der politischen Soziologie der Zivilgesellschaft beschäftigt und zum „Diskurs der Zivilgesellschaft“ mit ideengeschichtlichen und demokratietheoretischen Akzenten gearbeitet. Als ich dann von der SPD-Bundestagsfraktion 1999 eingeladen wurde, die wissenschaftliche Koordination für die Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ zu übernehmen, habe ich nicht gezögert. Als diese Enquete-Kommission dann fraktionsübergreifend die Gründung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) als multisektorales Zivilgesellschaftsnetzwerk empfahl, wurde mir dessen Gründungsgeschäftsführung angeboten.

Weiterbildung: Eines der Anliegen des Netzwerks betrifft die Integration von Migranten. Welche Maßnahmen halten Sie dabei für besonders zielführend?

Ansgar Klein: Das BBE führt seit 2007 jährlich Tagungen mit den Migrantenorganisationen (MO) durch.

Ziel ist es, Strategien und Strukturen der MOs als zivilgesellschaftliche Selbstorganisationen zu stärken. Auf Sitzungen des nationalen Integrationsplans der Bundesregierung habe ich mich zusammen mit Rita Süßmuth und anderen dafür eingesetzt, die MOs als Orte der Integration zu würdigen und strukturell im Hauptamt zu stärken. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) hat dann gute Förderprogramme zur Strukturentwicklung der MOs entwickelt, die nachhaltig fortgesetzt werden müssen. Ein zweiter Schritt betrifft die interkulturelle Öffnung aller Organisationen, ein dritter die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen, die das Engagement in der Flüchtlingshilfe und den Themenfeldern der Integration begleiten. Hier ist viel Spontanengagement im Spiel, das nicht durch bestehende Verbandsstrukturen unterstützt wird. Nötig sind daher hier Infrastruktureinrichtungen der Engagementförderung jenseits einzelner Verbände. Um diese nachhaltig zu entwickeln, bedarf es einer Förderkompetenz des Bundes. Ein vielversprechender Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ), der diese Ziele verfolgt, liegt leider derzeit im Kanzleramt fest. Die Zivilgesellschaft wartet dringend darauf, dass er politische Wirklichkeit wird. Das habe ich auf dem Integrationsgipfel im Kanzleramt im November 2016 auch zum Ausdruck gebracht.

Weiterbildung: Sie erwähnen in diesem Kontext auch Patenschaften. Was hat man sich darunter vorzustellen?

Ansgar Klein: Patenschaften werden derzeit etwa durch das BMFSFJ im Feld der Integration mit einem eigenen Programm gefördert. Patenschaften erlauben die individuelle, persönlich wie zeitlich anspruchsvolle Begleitung von Geflüchteten und deren Unterstützung bei biografisch relevanten Herausforderungen, also Sprache, Unterkunft, Arbeit, Gesundheit et cetera – siehe das BMFSFJ 2016 zum Patenprogramm „Menschen stärken Menschen“.

Weiterbildung: Beteiligen sich auch schon hier lebende Bürger mit Migrationshintergrund an solchen Patenschaften? Oder allgemeiner gefragt: Sind solche Bürger in irgendeiner Form in die Arbeit zur Integration von Flüchtlingen einbezogen?

Ansgar Klein: Ja; etwa die Türkische Gemeinde Deutschlands ist hier bereits tätig. Gerade bei der Integration ist es wichtig, die bilingualen und kulturellen Kompetenzen der hier lebenden Menschen mit Migrationshintergrund systematisch einzubeziehen. Eine Kernaufgabe besteht sicherlich darin, die vielen spontan Engagierten aus der Flüchtlingshilfe durch begleitende hauptamtliche Professionalität zu stärken. Es scheint auch viel Vernetzungsarbeit zwischen den hier neu entstandenen Selbstorganisationen und den bereits etablierten MOs und zivilgesellschaftlichen Organisationen nötig. Auf dem Integrationsgipfel im November 2016 haben die MOs dazu ein Grundsatzpapier vorgelegt.

Weiterbildung: In den Medien wird immer wieder die unterschiedliche Auffassung von den Geschlechterrollen thematisiert. Eher wenig liest man dagegen über unterschiedliche Vorstellungen zur Rolle und Bedeutung des Staates. Nehmen Sie solche diskrepanten Vorstellungen wahr und wie lassen sie sich umreißen?

Ansgar Klein: Es ist nicht verwunderlich, dass Menschen aus anderen Kulturkreisen, die nach Deutschland fliehen, andere Wertvorstellungen und kulturelle wie religiöse Prägungen mitbringen. Diese Menschen müssen in Deutschland natürlich nicht nur die Sprache, sondern auch Kultur und Gesetze kennen und verstehen lernen. Dass dann unterschiedliche Wert-

vorstellungen bestehen und dies auch zu Konflikten führen kann, ist klar. Insbesondere mit Blick auf die politisch-rechtlichen Regeln des Zusammenlebens in einer demokratischen Gesellschaft gibt es klare Prioritäten und auch Bürgerpflichten. Dies gehört als Thema zentral in die Integrationskurse, aber auch in die pädagogische Beratung und Begleitung des Engagements für und von Geflüchteten. Eine wesentliche Antwort auf diese Herausforderung liegt freilich in der rechtlichen Ermöglichung von Teilhabe und Engagement der Geflüchteten und Eingewanderten.

Die Medien, insbesondere aber die Social Media, spielen im Themenfeld eine Rolle, die auch selber zu Problemen führen kann – denken Sie etwa an die zunehmende Hass-Kommunikation in den Social Media. Hier ist nicht nur der Staat, sondern auch die Zivilgesellschaft gefordert.

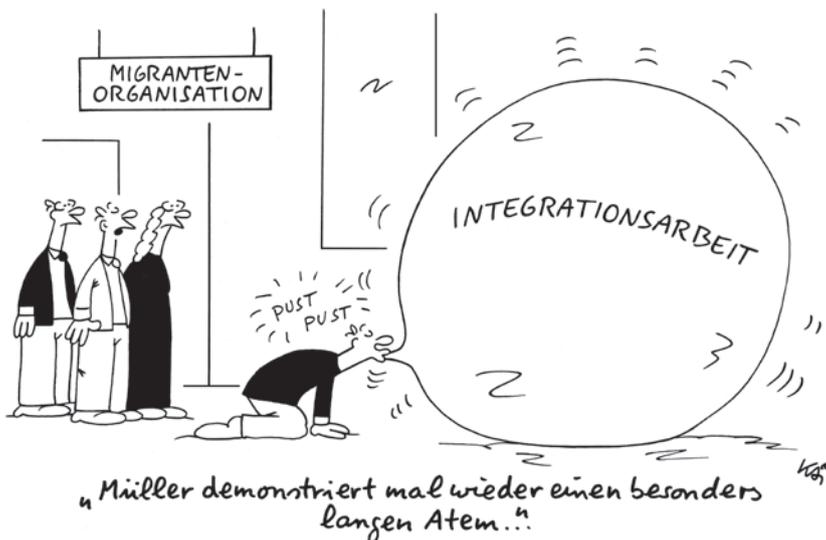
Weiterbildung: Integration gelingt wohl nicht ohne das Heer an ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern. Was funktioniert hier Ihrer Kenntnis des Feldes nach gut?

Ansgar Klein: Beeindruckend war 2015 die große Zahl der auch spontan engagierten Helferinnen und Helfer. Die großen Organisationsfelder der Zivilgesellschaft, natürlich zunächst vor allem die Hilfsdienste und Wohlfahrtsverbände, aber auch Migrantenorganisationen wie die Türkische Gemeinde haben hier bereits Großes geleistet und zumeist den entsprechend langen Atem für die Integrationsarbeit.

Weiterbildung: Und wo hakt es?

Ansgar Klein: Es kommt jetzt auf nachhaltige Infrastrukturen an, die das Engagement in den Feldern der Flucht begleiten, unterstützen, fortbilden, vernetzen et cetera. Das BBE arbeitet daran, ein zivilgesellschaftlich durchgeführtes nationales Forum für „Integration und Engagement“ multisektoral, partizipativ und transparent durchzuführen, um die absehbaren Förder- und Klärungsbedarfe des Engagements in den Feldern des Zugangs zu Wohnen/Stadtteil, Arbeit, Sprache/Bildung, Gesundheit, Zivilgesellschaft zu klären. Aber auch zu den Problemen menschenfeindlicher Reaktionen, der bislang nicht vorhandenen gemeinsamen europäischen Flüchtlingspolitik oder zu aufgeworfenen Rechtsfragen im Engagement für und von Geflüchteten soll dieses Forum die Handlungsbedarfe deutlich machen.

Schwerpunkt | Interview



Weiterbildung: An welchen Stellen muss hier die Politik aktiv werden und Abhilfe schaffen – Stichwort: Anerkennung informell erworbener Kompetenzen? Sehen Sie weitere Desiderate?

Ansgar Klein: Absehbarer und dringender Handlungsbedarf besteht, wie Sie schon gesagt haben, bei der Anerkennung von informell und non-formal erworbenen Kompetenzen – Stichwort: Deutscher Qualifikationsrahmen –, aber auch bei im Ausland erworbenen Abschlüssen. Handlungsbedarf besteht aber auch bei der Klärung einer Förderkompetenz des Bundes für nachhaltige zivilgesellschaftliche Infrastrukturen und für entsprechend ausgestattete Förderprogramme. Im Bereich der Arbeit gegen menschenfeindliches, unziviles Handeln werden derzeit erfreulicherweise schon die Förderprogramme systematisch ausgebaut und fortentwickelt.

Das Interview führten Ruth und Arnim Kaiser.

Weiterbildung: An welchen politischen Diskursen und Aktivitäten sind Sie als Geschäftsführer des Netzwerks im Kontext der Integration von Flüchtlingen sonst noch beteiligt?

Ansgar Klein: Ich war beteiligt am nationalen Integrationsplan, bei den Programmberatungen des BAMF, am Integrationsgipfel der Bundesregierung und bin fortlaufend in der Beratung von Bundestag und Fraktionen, des Engagementministeriums des Bundes (BMFSFJ) und weiterer Ressorts zu Fragen von Engagement und Partizipation tätig. Dort bringe ich auch die engagement- und demokratiepolitischen Herausforderungen von Flucht und Integration ein. Und natürlich in den zahlreichen Gremien und Arbeitskreisen des BBE selbst, in denen sich unsere Mitgliederorganisationen aus Zivilgesellschaft, Staat/Verwaltung und Wirtschaft austauschen und beraten.

Weiterbildung: Was geschieht – gerade auch mit Blick auf die Bundestagswahl – Ihrer Kenntnis nach zur Abwehr rechtspopulistischer Strömungen?

Ansgar Klein: Ich hoffe, dass die Möglichkeiten der Engagement- und Demokratiepoltik zur Selbstwirksamkeitserfahrung als die nötigen Antworten auf eine Mobilisierung von Wutbürgern gesehen werden. Die politische Bildung sollte eine breiter in den zivilgesellschaftlichen Handlungs- und Erfahrungsräumen angesiedelte Civic Education entwickeln. Dafür erfordert das Hauptamt in den zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen ein integriertes Curriculum. In ihm sind Fragen der Engagement- und Partizipationsförderung ebenso enthalten wie Anstöße zum Eintreten gegen unziviles Handeln, weiter die Fähigkeit, Politik und Wirtschaft als vernetzt wahrzunehmen, und schließlich auch Kompetenzen zur Beratung wie auch Vermittlung von Freiwilligen. ■